

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

**Wortprotokoll**

**über die**

**38. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 12. Dezember 2019**

**(16.01 Uhr bis 23.43 Uhr)**

5.8 Prüfung und Verwendung städtischer Zuschüsse an die Arbeiterwohlfahrt Frankfurt .....	36
Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN gemäß § 17 (3) GOS vom 11.12.2019, NR 1059	
<b>5.9 Aufklärung und Transparenz unterstützen</b> .....	<b>36</b>
Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN gemäß § 17 (3) GOS vom 11.12.2019, NR 1060	
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU: .....	36
Stadtverordneter Sebastian Popp, GRÜNE: .....	39
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD: .....	41
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP: .....	43
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	46
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION: .....	47
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.: .....	50
<b>Stadtverordnete Jutta Dittfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>51</b>
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	53
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER: .....	57
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.: .....	59
Stadtverordneter Dr. Erhard Römer, FRANKFURTER: .....	61
Stadtverordneter Reinhard Stammwitz, AfD: .....	62
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU: .....	64
<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>65</b>
Stadtverordneter Roland Frischkorn, SPD: .....	67
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP: .....	68
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF: .....	71
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE: .....	73
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION: .....	73
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	74
Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld: .....	75
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE: .....	76
Oberbürgermeister Peter Feldmann: .....	76
6. Einbringung des Etats 2020/2021 durch Herrn Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker .....	77
Bürgermeister und Stadtkämmer Uwe Becker .....	77
7. Erste Stellungnahmen der Fraktionen und fraktionslosen Stadtverordneten .....	92
Stadtverordneter Ulf Homeyer, CDU: .....	92
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD: .....	93
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	96
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.: .....	99
Stadtverordneter Dimitrios Bakakis, GRÜNE: .....	101
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP: .....	103
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF: .....	104
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....	106

keit und Solidarität, aber auch für die Idee der Wohlfahrtspflege vom Staat und seinen Organen betrieben werden muss. Wir LINKE. erwarten, dass die gravierenden Vorwürfe geprüft, Fehlverhalten oder Schlimmeres aufgedeckt und Konsequenzen gezogen werden. Das können aber nicht die Funktionäre in der AWO oder in der Politik machen, die schon die ganze Zeit dabei sind. Damit richte ich mich an Sie, meine Damen und Herren von der SPD: Die AWO gehört Ihnen nicht. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall)

Der Schaden, der angerichtet wurde, ist immens. Aber bei den öffentlichen Erklärungen der Verantwortlichen der AWO verstärkt sich das Gefühl, dass Sie das immer noch nicht verstanden haben. Ihr Verhalten steht im Widerspruch zu allen Grundwerten der Arbeiterbewegung. Einzelne Rücktritte reichen da nicht aus, die Strukturen müssen geändert werden. Die Kontrolle der Hauptamtlichen durch die Ehrenamtlichen muss sichergestellt werden. Selbstverständlich müssen auch alle Gehälter und Beraterverträge offengelegt werden. Wenn Stellen durch öffentliche Mittel mitfinanziert werden, haben wir ein Recht zu erfahren, wie die Steuergelder verwendet werden. Sich dabei hinter dem Datenschutz zu verstecken, ist eine billige Ausrede. Es gibt mittlerweile die Bereitschaft von Menschen, außerhalb der AWO und außerhalb der SPD konstruktiv daran mitzuarbeiten. Das, meine Damen und Herren von der SPD, sollten Sie nicht als Drohung, sondern als Angebot ansehen.

Jetzt komme ich zum Schluss, und ich halte es relativ kurz. Ich würde gerne noch auf das eingehen, was Herr Pürsün gesagt hat. Herr Pürsün, ich glaube, was Sie sich nicht ganz klarmachen ist, wer eigentlich die AWO ist. Die AWO ist nicht die Führungsschicht. Die AWO sind nicht die teuer bezahlten Funktionäre und die AWO sind nicht die SPD-Spitzenkicker, die da tätig sind, die AWO, das sind die kleinen Leute vor Ort, die AWO, das sind die unzähligen Ehrenamtlichen und Beschäftigten in den Stadtteilen, in den Projekten und Einrichtungen, die dort gute Arbeit leisten, die mit ihrem Einsatz die Werte Solidarität und Selbsthilfe jeden Tag aufs Neue durch ihr Engagement belegen,

und die klare Verhältnisse brauchen, und für die es wichtig ist, dass die filzigen Strukturen geändert werden.

Anstatt jetzt hier dieses Koalitions-Bashing zu betreiben, sollten wir uns vielleicht gemeinsam überlegen, wie wir das in Zukunft anders machen, und ich fordere nicht nur meine Leute auf. Wir haben das schon gemacht. Ich selbst habe einen Mitgliedsantrag bei der AWO gestellt. Vielleicht wäre es ja sinnvoll, wenn man in diese Organisation reingeht und versucht, da mitzuarbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

### **Stadtverordnetenvorsteher**

#### **Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung ist von Frau Ditfurth von ÖkoLinX-ARL. Sie haben das Wort, bitte schön!

#### **Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Schönen guten Abend!

Es kann doch niemand bestreiten, dass bei dieser Diskussion von Anfang an die Kommunalwahlen mit im Kopf sind. Die einen machen das so. Man fährt die Strategie, und ich glaube nicht, dass es ausgehebelt werden kann. Das wird so laufen. Die Frage ist, mit welcher Qualität das läuft und mit welchen Interessen. Es wird so laufen, dass diese Diskussion hochfährt bis zu den Sommerferien und sich dann ordentlich auflädt im Wahlkampf. Den Auftakt dieses Wahlkampfes mit diesem Schwerpunkt erleben wir heute Abend.

Da kommen verschiedene Sachen und ich befinde mich in einigen Fragen zwischen den Stühlen. Ich bin völlig entsetzt, wie man dazu aufrufen kann, in eine offensichtlich mindestens an der Spitze korrupte Struktur einzutreten, wie es eben Dominike Pauli von der Linkspartei gemacht hat.

(Beifall)

Klatschen Sie nicht zu früh. Es ist doch vollkommen klar, wenn ich mir die Anfragen von der FDP-Fraktion angucke, diese staatsanwaltschaftliche Besessenheit ohne die entsprechende Qualifikation, ...

(Beifall)

... die hätte ich gerne einmal angewendet gesehen, als es um arisierte Häuser in Frankfurt ging, als es um Verschickung von Penisbildern ging, da war die Leidenschaft nie so groß.

(Heiterkeit)

Sondern sie ist natürlich dann groß, wenn man dem politischen Gegner schaden kann, weil die Werte korrupt sind, und nicht Werte als solche, sondern immer maßvoll und immer den Anlässen angepasst.

Was mir heute Abend von Anfang an kulturell gestunken hat, ist, mit Beginn der Tagesordnungsdebatte zur AWO, zu diesem Komplex, dass der Oberbürgermeister so als wäre er überhaupt nicht betroffen von der Diskussion durch die Reihen geht und leicht lächelnd jedem Einzelnen, auch dem, der es nicht will, die Hand schüttelt. Was soll dieses Manöver?

(Beifall, Heiterkeit)

Ein Oberbürgermeister hat, auch wenn er zu Unrecht attackiert wird oder sozusagen in schrecklicher Weise in die Augen von Nazis und halben Nazis gucken muss, die ihn aus widerwärtigen Gründen falsch attackieren, so viel Würde und Selbstachtung zu haben, dass er auf seinem Platz sitzt und zuhört, auch der härtesten Kritik gegen sich, ...

(Beifall)

... und nicht so zu tun, als müsste er ständig die wichtigsten Dokumente unterschreiben oder sich mit seinem Nachbarn unterhalten. Das finde ich schäbig, und das zeigt, mit wie wenig Ernst vonseiten der SPD und ihrer Vertreter im Magistrat diese Diskussion gehalten wird.

Die AWO hat eine gute alte Tradition und ÖkoLinX-ARL ist von vorne bis hinten solidarisch mit den Ehrenamtlichen und der Mehrheit der Mitarbeiter dort, aber die AWO ist

auch eine Versorgungsstruktur für sozialdemokratische Politikerinnen und Politiker.

(Beifall)

Ich wette einmal, und ich glaube, die Wette würde ich nicht gewinnen, wahrscheinlich würde ich sie verlieren, weil ich es unterschätze, ein Drittel der SPD-Fraktion in diesem Haus, über all die Jahre, nicht nur die Gegenwärtige, mindestens ein Drittel, wenn nicht mehr, war irgendwann in ihrem Berufsleben mal verankert bei der AWO. Das ist so und das weiß in Frankfurt jede und jeder.

(Beifall)

Das Problem ist nicht, dass diejenigen, die nicht in den korrupten Positionen arbeiten, dort nicht einen guten Job machen, das Problem ist, dass sie diese Jobs bekommen - aber das ist im Medienbereich auch nicht anders -, weil sie die entsprechenden Leute kennen, und Menschen aus Milieus, auch Unterschichtenmilieus, die diese Leute nicht kennen, haben diese Chance nicht, auch wenn sie Qualifikationen hätten. In den Medien ist es kein bisschen besser. Warum haben wir überall die ähnlichen Typen bei den jungen Journalisten? Ich habe mich sehr viel mit Ausbildung und Weiterbildung von denen beschäftigt. Wer bekommt denn heute die Praktika? Das können sich nur diejenigen leisten, deren Eltern sie bis zu 24 Monate finanzieren. Also kommen immer wieder die gleichen Leute in diese Strukturen herein, und entsprechend bildet sich eine vernetzte, verfilzte Landschaft von Mittelschichtleuten in diesen Strukturen ab, und die anderen bekommen keine Chance und wissen manchmal gar nicht, woran es liegt. Das heißt, diese Struktur muss mitberücksichtigt werden.

(Beifall)

Also, in der AWO leisten garantiert einige - und von einigen weiß ich es, weil ich sie beobachte - gute Arbeit, aber zu diesem Zeitpunkt, liebe Dominike Pauli, aufzurufen, in die AWO einzutreten, ist auch von kommunalpolitischer Wahlkampfaktik geprägt.

(Beifall)

Eure offiziellen Äußerungen - nicht jetzt von allen, ich habe sehr viel härtere Töne aus

Kreisen der Linkspartei gehört - zu diesem Konflikt sind derartig lau, dass es für mich zum Fremdschämen ist. Das geht nicht. Ihr könnt nicht aus wahltaktischen Gründen, die langfristiger Natur sind, an den wichtigen Stellen Korruption, Verfilztheit, Höherstellung, Nutzung von Vorteilen, Unterdrückung von abhängig Beschäftigten, Selbstprivilegierung und das alles unterstützen. Das geht nicht, und indem ihr reingeht, wird es nicht besser. Eine Struktur, die so angeschlagen ist, kann man erst mal nur von außen reparieren und dann gucken, ob es wirkt, und dann überlegen, ob man eintritt. Wo man jetzt eintreten kann, ist etwa in die VVN, der die Gemeinnützigkeit entzogen wird, das ist vollkommen klar.

(Beifall, Heiterkeit)

Da warte ich noch auf den Massenauftritt des Eintrittes. Was wir hier haben ...

(Zurufe)

Ja, das ist schön, aber was ihr hier gerade macht, ist peinlich und das geht nicht. Es gibt in dieser Gesellschaft - diese Gesellschaft ist zu einem ganz großen Teil Parteienstaat - nicht nur das Problem SPD und AWO, wir haben auch die massiven religiösen Strukturen, in denen die CDU drinhängt über Caritas und die Wohlfahrtsverbände, die ihnen nahe stehen. Wir haben das Problem der parteinahen Stiftungen. Ich weiß noch, wie bei den GRÜNEN in den Achtzigerjahren die Diskussion darum anging, wie man solche parteinahen Stiftungen so macht, dass sie der sozialen Bewegung nutzen und nicht der Partei. Wie bekannt haben wir auch damit verloren, das heißt, es ist überall ziemlich gleich. Natürlich wird darin auch gute Arbeit gemacht, aber natürlich sind das alles Vorfeldstrukturen für Parteien zur Zulieferung von qualifizierten jungen Leuten und auch zur Besetzung mit Leuten, für die man sonst in Ämtern und Mandaten keine Verwertung mehr hat, und sei es nur aus Strömungsstreitgründen.

Das ist die ganze Struktur. Man muss die Einbettung der AWO in ein solches System in dieser Gesellschaft auch berücksichtigen, bevor man sich an einzelnen Positionen festhält und dann nur noch über den Dienstwagen redet. Ich finde das so etwas von zum Kotzen, wie in Frankfurt jemand, der behauptet

sozial tätig zu sein, mit einem riesigen Auto rumfahren muss, als ginge er auf Weltreise. Das hat so viel Lächerlichkeit, das ist dann irgendwann Gegenstand für Kabarets.

Natürlich müssen diese offensichtlichen Sachen weg, aber es muss auch eine klarere Trennung zwischen Wohlfahrtsverbänden und den jeweilig ihnen nahestehenden Parteien geben. Es muss auch transparent sein, wer dort Jobs bekommt und warum. Es kann keine internen Besetzungen wie in dem einen vorgetragenen Fall geben, wenn man sicher sein kann, dass es da draußen noch Menschen gibt, die den Job mindestens genauso verdient hätten wie die, die man zufällig kennt oder die Tochter von irgendwem ist, mit dem man irgendwie dicke befreundet ist, der ganze Filz dahinter.

Das heißt, derjenige, der die SPD von rechts kritisiert, macht es sich zu leicht, genauso wie diejenigen, die von links zu lau sind, weil sie sich irgendwelche Hoffnungen in die Zukunft für irgendwelche Bündnisse machen.

Danke schön!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Vielen Dank! Die nächste Wortmeldung ist von Frau Busch von der SPD-Fraktion. Bitte schön!

(Zurufe)

Meine werten Stadtverordnetenkollegen, halten Sie doch einmal ein bisschen den Ball flach dort hinten in der Ecke.

**Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:**

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren!

Der Herr Kößler hat vorhin gesagt, er hätte vom Oberbürgermeister jetzt nichts Relevantes gehört. Das Problem ist immer, wenn die Rede geschrieben ist, bevor man hier die Statements angehört hat, passt sie eben oft

klar, die hier die Diskussion fordern. Uns ist das klar und wir stehen dafür bereit.

(Beifall)

Wer jetzt immer wieder behauptet, wir hätten versucht, uns dieser Aufklärung der Fragen entgegenzustellen, der lügt einfach. Wir haben nichts zu verbergen als SPD-Fraktion. Wir haben klare Stellung genommen.

(Beifall)

Wenn man das noch 20-mal wiederholt, wird es auch nicht wahrer, Herr Pürsün. Ich habe darauf hingewiesen, wir haben nichts dagegen gehabt, dass heute irgendetwas dringlich wird, wir haben keinerlei Anträge oder sonst etwas behindert, wir haben uns gemeinsam mit den Koalitionspartnern sogar bemüht, mit eigenen Anträgen wirklich zu einer sachlichen Aufklärung beizutragen. Ich weiß nicht, was wir hätten mehr machen sollen, deswegen steht die SPD-Fraktion nicht in der Frage, ob sie versucht hat, irgendetwas hier zu verhindern oder zu verschleiern. Das tun wir nicht, und dafür stehen wir auch nicht.

(Beifall)

Wir fühlen uns den haupt- und ehrenamtlich Tätigen in der AWO verpflichtet, und zwar denen, die nicht irgendwie profitieren, sondern denen, die normale oder gar keine Gehälter bekommen. Denken Sie einmal an die ganzen Ehrenamtlichen. Das sind oft Leute über 80, die immer noch ihre Arbeit im Stadtteil oder sonst wo machen und sich selbst wirklich in einem Maße verausgaben, das beispielhaft ist. Für die stehen wir hier ein und auch in deren Namen sind wir hier alle verpflichtet aufzuklären.

Insofern möchten wir gerne, dass über relevante Sachfragen diskutiert wird und nicht so ein wilder Mischmasch unbewiesener Vorwürfe, Gerüchte und persönlicher Missgunst entsteht, der dann wie Schmutzwasser über alle ausgekippt wird, die irgendwie nach Sozi oder AWO riechen. Das lassen wir uns nicht gefallen, das kann ich gleich sagen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie werden von uns in dieser Diskussion bestimmt noch et-

was hören, und wenn es eine Zwischenfrage am Ende gibt, beantworte ich die auch gerne. Ich antworte auf Fragen.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Frau Ditfurth, Sie haben das Wort. Bitte!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-  
ARL:**

(Zwischenfrage)

Ich habe nur eine Frage, und zwar: Kennen Sie den Unterschied zwischen Unschuldsvermutung, die ich dringend und heftig verteidige, dem Vorwurf, den ich nicht - und ich glaube, auch andere nicht - erhoben habe, dass die SPD irgendwo nicht bereit wäre, das zu überprüfen und drittens dem, was ich meinte, nämlich dass diejenigen der SPD, die viel mehr davon wissen, als sie bisher gesagt haben, damit endlich einmal rausrücken und dass die Intransparenz hier aufhört?

(Beifall)

**Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:**  
(fortfahrend)

Frau Ditfurth, in der SPD - ich spreche hier für die SPD-Fraktion - ist mir noch nicht aufgefallen, dass jemand erheblich mehr wüsste, als er oder sie bereit ist zu sagen. Wir reden da sehr offen über die Dinge.

(Zurufe)

Insofern spreche ich hier nicht für die SPD bundesweit oder so. Im Übrigen, natürlich ist hier gesagt worden, die SPD versucht zu blockieren. Wenn Sie dem Herrn Pürsün nicht zuhören, weil er Ihnen auf den Keks geht, habe ich ein gewisses Verständnis dafür, man sollte ihm trotzdem zuhören, denn manchmal sagt er ziemlich unglaubliche Dinge, wie zum Beispiel heute, als er insinuiert hat, die SPD-Fraktion würde hier irgendwelche Aufklärungen verhindern. Wie gesagt lasse ich mir das nicht sagen und das lassen wir uns nicht unterstellen. Was die Unschuldsvermutung betrifft, um auf die ganze Frage zu antworten, die gilt für alle, mag es nun gerade politisch opportun sein oder nicht.

Jetzt ist ja heute offenbar der Tag von fragwürdigen Schreiben an die Menschheit. Es gibt ein Schreiben der AWO, das auch zufälligerweise heute auf unseren Tischen angekommen ist; „Neuausrichtung der Arbeiterwohlfahrt“. Wenn ich nur den ersten Absatz lese: „Wir sind erschüttert, welches Bild über die Arbeiterwohlfahrt Frankfurt gezeichnet wurde.“

(Zurufe)

Ich muss ganz ehrlich sagen, solche Formulierungen machen deutlich, dass man nicht verstanden hat, dass es hier nicht um Verschwörungstheorien von außen geht, sondern dass bei der Organisation selbst zentrale Probleme und Missstände bestehen, die abgestellt werden müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das ist ein Punkt, an dem man auch das Verständnis oder eben die Fehleinschätzung der Situation bei der AWO-Führung wie auch bei anderen Akteuren im Moment bei diesem Thema nachvollziehen kann. Jemand, der eine Woche lang denkt, er könnte ein Problem, zu dem er von vielen Menschen und von vielen Medien Fragen gestellt bekommt, einfach aussitzen, es ignorieren, der nimmt nicht wahr, in welche Situation er sich und diejenigen, mit denen er zusammenarbeitet, gebracht hat; dazu zählt auch die Koalition, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Erst der Druck aus den Reihen der Koalition, insbesondere von CDU und GRÜNEN, hat dazu geführt, dass der Oberbürgermeister vor zwei Wochen eine Erklärung abgegeben hat. Es gab noch ein paar andere, die Druck ausgeübt haben, aber ich würde einmal sagen, der Druck hat eine gewaltige Rolle gespielt. Mit dieser Erklärung konnten so gut wie alle Menschen erst einmal gar nichts anfangen. Heute haben wir eine neue Erklärung bekommen, und es wird in den nächsten Tagen, auch in Gesprächen mit anderen, herauszufinden sein, ob die Menschen in dieser Stadt jetzt ihre Fragen besser beantwortet sehen oder ob sie sich genauso behandelt fühlen, wie in den letzten drei Wochen.

Ich komme zum Schluss und möchte noch einmal einen Punkt aufgreifen, den Herr Popp dargestellt hat, und der hier sehr schwer wiegt. Das Verhalten des Oberbürgermeisters hat ihm etwas in erheblichem Maße genommen, was das wichtigste Kapital eines Politikers ist: seine Glaubwürdigkeit. Dabei wird auch insgesamt die politische Klasse in dieser Stadt in ihrem Ansehen beschädigt, denn Vertrauensverlust beim Oberbürgermeister und seinem Amt schlägt am Ende auch ein Stück weit auf die Stadt, auf die Stadtverwaltung und auch auf das Stadtparlament durch. Nicht alle Menschen in dieser Stadt unterscheiden immer ganz feinsinnig, wer da gerade handelt, wer da gerade spricht, und wer, auch im politischen Raum, es vielleicht anders machen würde oder das falsch findet. Deswegen ist das, was wir in den letzten drei Wochen erlebt haben, auch eine erhebliche Belastung der politischen Klasse hier in der Stadt insgesamt, nicht nur der Koalition, und es muss jetzt endlich ein Ende haben. Die Menschen müssen Antworten auf ihre Fragen bekommen, und es dürfen auch keine Unklarheiten mehr offen sein, mit denen man versucht sich durchzumogeln und wo man dann immer - sei es auch aus der Sicht der SPD mit verständlichem Interesse - sagt, na ja, das kann man ja irgendwie herauslesen, dass er eigentlich doch alle Fragen beantwortet hat. Das ist kein Umgang miteinander und das ist alles andere als ein Glanzstück an der Spitze dieser Stadt gewesen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Dr. Kößler! Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ARL. Bitte schön!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Guten Abend!

Es ist erstaunlich, wie Teile des Parlaments hier reagieren, und zwar auf der linken Seite. Dass es hier eine Schmutzkampagne von rechts geben kann oder dass es vielleicht



ausgenutzt wird, das mag sein, aber ich finde es unerträglich, wenn die Linkspartei hier als die eigentliche SPD auftritt und eine klarere Verteidigung in diesem Skandal vorträgt als die SPD-Vorsitzende selbst.

Liebe Genossen von der Linkspartei, ihr habt nicht kapiert, was die AWO ist. Die AWO hat nicht nur irgendwelche korrupten Personen oben an ihrer Spitze, sie hat eine autoritäre Struktur, in der die SPD das Sagen hat. Es ist eine Unverschämtheit, die SPD hier herauszunehmen. Die beiden Revisoren: Fraktionsvorsitzende oder in der Fraktionsführung der SPD, Bundestagsabgeordnete der SPD. Es gibt eine lange Erfahrung in Frankfurt mit der AWO. Es ist ein, sagen wir einmal vorsichtig formuliert, enger Filz zwischen SPD und AWO. Nur es gibt ihn nicht nur dort, es gibt ihn natürlich auch genauso bei anderen Verbänden. Da gibt es den Filz mit den Kirchen oder es gibt den Filz mit XY - ich will das hier nicht vertiefen - oder es gibt Skandale unter einer CDU-Oberbürgermeisterin, wo ganze Abteilungen der Stadtverwaltung korrupt waren. Nur das alles spielt hier keine Rolle. Hier geht es um einen Konflikt, in dem der jetzige Oberbürgermeister drin ist. Und wie peinlich, wie hilflos, wie kindlich ist das Verhalten eines Oberbürgermeisters, der 14 Tage lang nichts sagt. Vielleicht waren es auch 13 Tage, ich habe nicht genau nachgezählt. Das geht doch einfach nicht. Ein Oberbürgermeister, der untertaucht, das ist unglaublich. Da kann man nur sagen, so ein Mann taugt nicht, diese Stadt zu repräsentieren, egal wie schwer seine Schuld ist.

Ich will die ganzen Sachen nicht wiederholen. Ein Wohlfahrtsverband, der Luxuskarossen hat - ich habe gehört, mit 480 PS, es mögen vielleicht auch nur 450 PS sein -, diese ganzen hohen Gehälter, das kann man alles vertiefen, aber das will ich gar nicht. Der Gesamtkomplex ist das Problem, und das kann man nicht wegreden, liebe Linkspartei, nur weil man sich vielleicht wieder irgendwann mit der SPD in einer Regierung sieht.

(Zurufe)

Ich finde euer Verhalten unglaublich. Was Dominike Pauli hier gesagt hat, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Eine Aktion zu machen, die Respekt fordert, und das geht ja da um eine Auseinandersetzung mit Rech-

ten in einer Auseinandersetzung über die Spitze dieser Verwaltung, über den Oberbürgermeister, der doch auch mangelnden Respekt gegenüber den Parlamentariern hier gezeigt hat ...

(Beifall, Zurufe)

Ja, wie weit hergeholt ist da eine Aktion gegen die AfD, die ich sonst immer unterstützen würde? Hier geht es nicht darum, jeden einzelnen SPDler in die Verpflichtung zu nehmen, aber die Partei, die SPD. Der Oberbürgermeister ist in der Verpflichtung. Er ist verwickelt in diese Geschichte. Über die Ehefrau will ich mich gar nicht auslassen. Was man hier so hört über die E-Mails an die Mitarbeiter und so weiter, ich finde das unglaublich, erst schweigt er und jetzt kommen solche Mitteilungen. Jutta Diefurth hat es schon gesagt, das Herumgehen hier und jedem Einzelnen die Hand schütteln, ich habe nichts gegen Händeschütteln, aber das hier ist mir noch nicht passiert in diesem Zusammenhang. Es gibt jetzt einen Skandal, seine Rolle ist fragil oder irgendwie nicht mehr gefestigt, und dann solche Gesten, das zeugt von Schuldbewusstsein, sonst macht man so etwas nicht.

(Beifall)

Ich bin dagegen, dass wegen eines möglichen Ausnutzens von rechter Seite diese Affäre, dieser Skandal heruntergehandelt wird, von wem auch immer, auch nicht von der Linkspartei. ÖkoLinX-ARL wird sich dagegenstellen. Wir sind für die Aufklärung, nicht nur innerhalb der AWO, wir sind auch für die Aufklärung hier im politischen Rahmen, für die Aufklärung der Beteiligung der SPD-Politiker, das ist hier nicht nur der Oberbürgermeister. Ulli Nissen, die seit Jahrzehnten im Bundestag sitzt, die Revisorin bei der AWO ist, tritt jetzt zurück, weil sie den Überblick verloren hat.

Also, ich habe mit Finanzen und anderen Geschichten schon viel erlebt. Es mag sein, dass man manchmal den Überblick bei einzelnen Punkten verliert, aber das hier ist ein riesiger Komplex. Vielleicht werde ich ja widerlegt, aber ich wage es zu sagen, da haben viele das Verhalten dieses Vorstandes gedeckt und ich bin enttäuscht über die Debatte hier. Ich bin enttäuscht, wie wenig Kritik ge-



rade von linker Seite kommt, auch von der SPD. Da wird nur der Schulterchluss gemacht. Es wird gesprochen von „Schmutzwasser“, von „blöd gelaufen“. Wie peinlich ist das, liebe SPD? Könnt ihr nicht eine klarere Position dazu einnehmen? Hättet ihr nicht sagen können, das und das sind unklare Punkte, wir fordern die konsequente Aufdeckung? Aber ihr verhaltet euch letztendlich nicht anders als der Oberbürgermeister Feldmann. Da ist nichts mit Abrücken und klären, sondern nur der Schulterchluss, wie wir das auch in anderen Zusammenhängen kennen, aber der Schulterchluss führt uns nicht weiter.

Zu Frau Dorn und anderen ist schon einiges gesagt worden. Wir haben es in der Vergangenheit nicht hingegenommen, wir haben in der Vergangenheit korrupte Abteilungen in der Stadtverwaltung auffliegen lassen und wir werden es auch weiterhin nicht hinnehmen, dass Leute in solche Machenschaften verwickelt sind. Gerade das linke Spektrum hier im Parlament wird völlig unglaubwürdig, wenn es in dieser Frage nicht klar und deutlich gegen solche Machenschaften und gegen solche Verwicklungen des Oberbürgermeisters eintritt.

(Beifall)

Das ist das Wenigste, und das hat mich hier sehr enttäuscht. Karneval ist dann nur noch der Eintritt der Linkspartei in die AWO. Da kann ich nur noch sagen: Leute, wie weit kann man in dem politischen Pool nach unten kommen? Das ist einfach unterirdisch.

Zur FDP: Ich fand sehr viele Fragen gut, aber es wird dann doch deutlich, dass es bei euch nicht um die Sache geht.

(Zurufe)

Wenn in Punkt sieben eures Antrags steht, dass man Gelder erst wieder nach dem Ende eines Strafverfahrens bekommen soll, wenn man weiß, wie lange Strafverfahren in Deutschland laufen, dann wollt ihr praktisch die AWO kaputt machen.

(Zurufe)

Nein, ich habe den Antrag vorliegen und wir haben ihn alle gelesen. Und da kippt es um.

Die guten Fragen, die gute Aufbröselung, die in anderen Punkten gegeben ist, da merkt man es doch, dass euer Wahlkampfinteresse im Vordergrund steht und nicht die sachliche Auseinandersetzung mit diesem ganzen Komplex. So viel zum Schluss zur FDP.

Danke, tschüs!

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Danke, Herr Zieran! Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Frischkorn von der SPD-Fraktion. Bitte schön!

**Stadtverordneter Roland Frischkorn, SPD:**

Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen!

Nein, es ist kein schöner Tag heute, wirklich nicht. Aus zwei Gründen. Die Situation bei der Arbeiterwohlfahrt, der Verdacht des Betrugs und der Untreue, ich betone es noch einmal, muss unbedingt aufgeklärt werden. Das hat die SPD von Anfang an gesagt, lieber Manfred Zieran. In der Zeitung war das Interview unserer Fraktionsvorsitzenden zu lesen, wie auch die Äußerungen von Gregor Amann und mir. Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass das aufgeklärt werden muss. Aber der zweite Grund, weshalb es für mich kein schöner Tag ist, ist, mit welcher Verve versucht wird, die AWO-Affäre mit der Person des Oberbürgermeisters zu verbinden.

Lieber Nils Kößler, du hast zu Recht zwei Bereiche unterschieden und festgestellt, dass es ein Versagen bei der Geschäftsführung und denen, die Kontrolle hätten ausüben müssen bei der Arbeiterwohlfahrt, gab. Das stimmt. Das gilt aber auch für die Zuständigen auf der Seite der Stadt Frankfurt. Sebastian Popp hat zu Recht gefragt, wie das passieren konnte, ohne dass es jemand bemerkt hat. Genau deswegen, weil es scheinbar keine Kontrolle gegeben hat. Zerstücktes Vertrauen in den Oberbürgermeister, die persönliche Rolle des Oberbürgermeisters, da hätten wir nichts Nennenswertes gehört. Ich habe noch nie einen Politiker in

5.8 Prüfung und Verwendung städtischer Zuschüsse an die Arbeiterwohlfahrt Frankfurt .....	36
Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN gemäß § 17 (3) GOS vom 11.12.2019, NR 1059	
5.9 Aufklärung und Transparenz unterstützen.....	36
Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN gemäß § 17 (3) GOS vom 11.12.2019, NR 1060	
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	36
Stadtverordneter Sebastian Popp, GRÜNE:.....	39
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD: .....	41
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP: .....	43
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	46
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION:.....	47
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:.....	50
Stadtverordnete Jutta Dittfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	51
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	53
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER:.....	57
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.: .....	59
Stadtverordneter Dr. Erhard Römer, FRANKFURTER: .....	61
Stadtverordneter Reinhard Stammwitz, AfD:.....	62
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	64
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:.....	65
Stadtverordneter Roland Frischkorn, SPD:.....	67
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP: .....	68
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	71
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:.....	73
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION:.....	73
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	74
Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:.....	75
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:.....	76
Oberbürgermeister Peter Feldmann:.....	76
6. Einbringung des Etats 2020/2021 durch Herrn Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker.....	77
Bürgermeister und Stadtkämmer Uwe Becker.....	77
<b>7. Erste Stellungnahmen der Fraktionen und fraktionslosen Stadtverordneten.....</b>	<b>92</b>
Stadtverordneter Ulf Homeyer, CDU: .....	92
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD: .....	93
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	96
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:.....	99
Stadtverordneter Dimitrios Bakakis, GRÜNE:.....	101
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP: .....	103
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	104
<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:.....</b>	<b>106</b>

det. Die Frage der sozialen Stadt, Herr Becker, brauchen Sie in einem solchen Fall gar nicht mehr zu stellen. Denn dann haben Sie sich gnadenlos verzockt, und für die Menschen in unserer Stadt geht es im wahrsten Sinne des Wortes ans Eingemachte. 2:3 und trotzdem weiter so, wie heute Abend bei der Eintracht, funktioniert dann nicht mehr.

Der dritte finanzpolitische Parameter ist wohl der einzige, der Ihnen auch weiterhin in die Karten spielen wird, das ist die von der EZB betriebene Negativzinspolitik. Diese sorgt dafür, dass sich faktisch bankrotte Unternehmen und Staaten, aber eben auch Kommunen wie Frankfurt über eine sensationell günstige Verschuldung weiter am Leben erhalten können. Und das wohl auf lange Sicht, denn Experten sind sich darin einig, dass wir im bestehenden Geldsystem keine steigenden Zinsen mehr sehen werden. Für die Frankfurterinnen und Frankfurter ist das allerdings kein Grund zur Freude. Denn die auf immer neue Rekordhöhen ansteigenden Miet- und Wohnungspreise in Frankfurt sind in hohem Maße auch auf die irrsinnige Politik der EZB zurückzuführen. Das gehört zur Wahrheit dazu, wenn wir über bezahlbares Wohnen in unserer Stadt sprechen, Herr Becker.

Ganz abgesehen von dem bisherigen Verlust an Zinseinnahmen: Laut Focus haben die deutschen Sparer seit 2010 insgesamt 753 Milliarden an Zinseinnahmen verloren, droht Kleinsparern jetzt die schleichende Enteignung, nicht nur durch Inflation, sondern zusätzlich auch noch durch Negativzinsen ihrer Hausbanken. Aber die Zinspolitik der EZB alleine wird es Ihnen nicht ermöglichen, die Verschuldung der Stadt Frankfurt immer weiter ins Unermessliche zu steigern. Denn da gibt es - zum Glück, muss man sagen - noch einen weiteren, wenn man so will, limitierenden Faktor: Das ist der hessische Innenminister, der Ihnen den Haushalt irgendwann definitiv nicht mehr genehmigen wird. Doch die bisherigen Warnungen aus Wiesbaden sind auch in diesem Jahr ohne Konsequenzen geblieben. Die schwarz-rot-grüne Koalition hat wiederum eine Gelegenheit versäumt, die dringend notwendige Kurswende einzuleiten. Stattdessen haben Sie mit diesem Etatentwurf erneut eine Bankrotterklärung vorgelegt.

(Beifall)

Wir von der Opposition werden daran nichts zu ändern vermögen, egal wie sinnvoll, richtig und umsetzbar die Vorschläge auch sein werden, die wir in den nächsten Wochen hier erarbeiten und debattieren. CDU, SPD und GRÜNE werden diese, wie in den Vorjahren auch, in der ihr eigenen Ignoranz ablehnen. Wir Bürger für Frankfurt - BFF - werden das trotzdem tun. Denn die Menschen in unserer Stadt haben das Recht auf einen besseren, ehrlicheren und vor allem verantwortlicheren Politikansatz, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Debatte darüber, wie sich Einnahmen und Ausgaben in dem von Ihnen vorgelegten Haushalt 2020/2021 besser verteilen lassen, werden wir in den nächsten Wochen bis zur Verabschiedung dieses Haushalts führen. Die grundsätzliche Entscheidung darüber, wie die städtischen Mittel in den darauffolgenden Haushaltsjahren zu verwenden sind, haben die Wählerinnen und Wähler dann im März 2021 im wahrsten Sinne des Wortes in ihrer Hand.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreundschuh:**

Vielen Dank, Herr Mund! Das Wort hat Herr Zieran. Danach liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Bitte schön, Herr Zieran!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Ich habe das Schlusswort, habe ich gerade vernommen.

Wir lehnen den Haushalt ab. Wir lehnen ihn ab, weil es undemokratisch ist, einen Doppelhaushalt zu machen. Das hat sich auch dieses Jahr nicht geändert. Das ist einfach die Bequemlichkeit der Regierungskoalition, damit sie sich nicht gegenseitig im Wahlkampf behakelt. Wir lehnen den Haushalt

aber auch aus wichtigeren Gründen ab. Der Haushalt ist nicht, wie rechts außen meint, eine Bankrotterklärung, weil irgendwelche Zahlen, Rechnereien noch eine Rolle spielen oder wir schuldenfrei sein müssen, sondern weil die Zahlen deutlich machen, dass dieser Haushalt kein Haushalt der strukturellen Veränderung ist, um die Klimakatastrophe wirklich in den Griff zu bekommen. Wenn ich mir die Zahlen anschau, das sieht man schon in diesem dicken, roten Klumpen: Soziales und Bildung, 800 bis 900 Millionen Euro, für die Umwelt, 100 Millionen Euro. Allein das sagt schon aus: Frankfurt, die Regierung sowie GRÜNE, SPD und CDU sind nicht willens, gegen die Klimakatastrophe zu handeln. Das drückt sich dann so aus - ich habe es schon einmal gesagt, ich wiederhole es hier: Man kann nicht eine Politik gegen den Klimanotstand machen, indem man ein Kohlekraftwerk auf Gas umrüstet, sondern man muss es wirklich auf erneuerbare Energien umrüsten, sonst lege ich strukturell fossile Energiegewinnung für die nächsten zehn, 20, 30 Jahre fest. Das ist ein armseliger Haushalt, der dies so festschreibt.

Das Gleiche haben wir bei der Verkehrspolitik. Es wird eine falsche Technologie gefördert, wo jetzt schon absehbar ist, dass mit E-Mobilität das Netz zusammenbrechen wird, dass es so nicht läuft, wenn es wirklich in diese Richtung geht. Es braucht den Wasserstoffantrieb. Es braucht die Brennstoffzelle auf erneuerbarer Basis.

(Beifall)

Nichts Neues bei der Wohnungspolitik. Nichts Neues zu Kalt- und Frischluftschneisen. Zum Glück hat die Region die Regierungskoalition gestoppt und das Baugebiet Nordwest ist zumindest teilweise vom Netz genommen worden - leider die Grüne Lunge noch nicht. Hier ist Handlungsbedarf gegen diese gesamte Regierungskoalition gegeben. Das reicht eigentlich, um diesen Haushalt abzulehnen, um klarzustellen: Er geht in die falsche Richtung. Was mich dann aber schon erstaunt - heute ist die Linkspartei mein liebster Partner in der Auseinandersetzung: sie meinen, eine progressive Politik mit den GRÜNEN und der SPD machen zu können, wenn ich das richtig verstanden habe. Man muss nur die CDU abwerfen, und dann ist alles gut. Dabei vergessen Sie nur, dass mit

die schlimmsten Polizeigesetze bundesweit Rot-Rot gemacht hat, das waren nicht die Schwarzen. Das waren auch die Schwarzen, aber es waren auch die anderen. Da ist nichts mit progressiver Alternative. Ordnungspolitik hat auch hier in Frankfurt eine lange Tradition, da kann man Herrn Frank angreifen. Wenn man ehrlich ist, hat die SPD vorher keine andere Ordnungspolitik gemacht. Bei den GRÜNEN habe ich das gerade nicht im Kopf. Ich könnte mir vorstellen, dass es da etwas schwieriger oder einfacher wird, in Richtung progressive Politik zu gehen. Die Linkspartei ...

(Zurufe)

... - ich doch nicht - sieht sich mit euch in einer Regierung. Ich habe heute mit Interesse den Kurswechsel der Linkspartei Richtung Regierung vernommen, wo Skandale auch einmal unter den Tisch gewischt und nicht so hochgeleiert werden. Interessant war dann auch noch, dass mehr Nahverkehr mit einer progressiven Politik möglich ist. NSU wird bekämpft mit der SPD, sehr erstaunlich! Dem kann ich überhaupt nicht folgen. Aber das Highlight haben die GRÜNEN abgeschossen: Alles, was wir haben, hat ja eine Wirtschaftsordnung, Ökonomie liegt dem materiellen Handel zugrunde, und das nennt sich Kapitalismus. Das hat auch was mit Klimazerstörung zu tun und mit sozialer oder unsozialer Politik. Was sagen uns die GRÜNEN? „Die Triebausstattung des Menschen eröffnet uns die Möglichkeiten.“

(Zurufe)

Du hast wortwörtlich „Triebausstattung“ gesagt. Peinlich, mein Lieber. Das auch noch von dir. Das nehme ich persönlich.

Also nicht die Triebe des Menschen. Es ist kein Menschheitsproblem. Es ist ein Problem dieses zerstörerischen Wirtschaftswachstums, was animiert wird durch den Kapitalismus.

(Zurufe)

Die Menschen machen nicht die Wirtschaft, sondern sie werden auch im Laufe des Prozesses von Wirtschaft strukturiert. Es gibt sowas wie Strukturen, eine Dialektik von Mensch und Strukturen. Schon einmal

Karl Marx gelesen? Kapitalverwertung wirkt im Hintergrund, das ist doch völlig klar. Das müssen wir hier aber nicht vertiefen. Zum Abschluss ...

(Zurufe)

Wir können ja gerne noch ein Seminar machen. Karl Marx, das werden die anderen gerne mitmachen. Wir lassen es damit gut sein.

Ich finde, die Trophäe für Nebelschüsse hat heute die Linkspartei abgeschossen, neben diesem unsäglichen Haushaltsentwurf der Regierungskoalition.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreundsuh:**

Danke, Herr Zieran! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bedanke mich für die Stellungnahmen und schließe den Tagesordnungspunkt.

### **Tagesordnungspunkt 8.**

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreundsuh:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8., Haushaltsplan 2020/2021, auf. Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir den Etatentwurf, also den Magistratsvortrag M 210, und die von mir unter Tagesordnungspunkt 6. genannten Drucksachen nunmehr den Ausschüssen zur Vorbereitung unter Berücksichtigung meiner Liste zur Ausschussüberweisung zuleiten. Wer diesem Verfahren zuzustimmen gedenkt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Wer ist dagegen? (Geschieht) Herr Zieran? ÖkoLinX-ARL? Tatsächlich? Eine Gegenstimme. Gibt es Enthaltungen? (Geschieht) Keine. Damit ist es so beschlossen.

Für die Verabschiedung des Haushalts gelten folgende Termine: Erstens: Die informativische Lesung beginnt in den Ausschüssen am 16. Januar 2020. Zweitens: Die Ortsbeiräte müssen bis spätestens 24. Januar 2020 ihre Sitzungen abgeschlossen haben. Drittens: Stellungnahmen der KAV müssen bis zum 24. Januar 2020, 12.00 Uhr, im Büro der Stadtverordnetenversammlung vorliegen.

Können Sie vielleicht die zwei Minuten noch etwas Ruhe halten?

Viertens: Die Abgabefrist für die Etatanträge der Fraktionen und der fraktionslosen Stadtverordneten ist der 21. Februar 2020, 12.00 Uhr, im Büro der Stadtverordnetenversammlung. Fünftens: Die zweite Lesung beginnt in den turnusmäßigen Ausschusssitzungen am 12. März 2020. Sechstens: Der Etat wird von der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 26. März 2020, 16.00 Uhr, verabschiedet. Ich stelle fest, die erste Lesung des Etats 2020/2021 ist beendet.

Meine Damen und Herren, wir sind ans Ende der Tagesordnung gelangt. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld. Die Niederschrift über die 37. Plenarsitzung ist mangels Widerspruchs genehmigt. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit, einen guten Rutsch ins neue Jahr sowie einen guten und sicheren Nachhauseweg. Vielen Dank!

(Beifall)

**Ende der Sitzung: 23.45 Uhr**